

---

Vorstoss-Nr: 054-2012  
Vorstossart: **Motion**

Eingereicht am: 19.03.2012

Eingereicht von: Mühlheim (Bern, glp) (Sprecher/ -in)  
Meyer (Roggwil, SP)  
Zumstein (Bützberg, FDP)  
Grimm (Burgdorf, Grüne)  
Jost (Thun, EVP)  
Messerli (Interlaken, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit: Nein 22.03.2012

Datum Beantwortung:  
RRB-Nr:  
Direktion: POM

---



### **Interventionskonferenzen bei Gewalt und Drohungen gegen Behörden**

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit in Fällen von schweren Drohungen und Gewaltanwendungen gegen das Personal von Behörden, insbesondere gegen Mitarbeitende von Sozialdiensten, rasch und unbürokratisch zusammengearbeitet werden kann. Zu prüfen sind insbesondere Interventionskonferenzen, die den raschen Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Verwaltungs-, Polizei- und Justizorganen ermöglichen. Der Informationsaustausch soll insbesondere dazu dienen, rasch wirksame administrative, polizeiliche oder strafrechtliche Massnahmen zu erörtern, zu koordinieren und zu planen.

#### **Begründung:**

Das Ausmass massiver Gewaltandrohungen gegenüber dem Personal von Behörden nimmt zu. Mit den bestehenden datenschutzrechtlichen Grundlagen ist ein unmittelbarer und wirksamer Datenaustausch unter den involvierten Stellen wie Polizei, Staatsanwaltschaft und betroffener Institution nicht möglich.

*Es wird Dringlichkeit verlangt.*